

## Eine Waffe gegen den stummen Zwang der Verhältnisse?

Von Reinhold F. Bertlein

Eigentlich würde der betriebswirtschaftliche Kalkulationsroboter noch den letzten übriggebliebenen Arbeiter am liebsten rund um die Uhr hetzen, während er die "Überflüssigen" ausspuckt und ihnen im Prinzip kein Stück Brot mehr gönnt, denn das ist die logische Konsequenz von Digitalisierung und Automatisierung im weltweiten Kapitalismus: Massenarbeitslosigkeit bedeutet niemals massenhafte genussvolle Muße, sondern Massenarmut oder in letzter Konsequenz sogar Massensterben. Die Philosophin **Hannah Arendt** hat recht, wenn sie es als zutiefst verhängnisvoll bezeichnet, dass der modernen Arbeitsgesellschaft die „Arbeit“ ausgeht. Als Erstes werden die dauerhaft und strukturell „Überflüssigen“ aus dem System des „Geldverdienens“ und der Konkurrenz ausgestoßen werden, ohne dass dieses System aufhört, ihre Existenzbedingung zu sein. Nach wie vor ist der Hauptgrund für die freiwillige Knechtschaft unter dem Joch des Arbeitsmarktes jener „**stumme Zwang der Verhältnisse**“, wie Marx es formulierte. *„Der ‚Arbeitsmarkt‘ ist de facto überhaupt kein Markt im Sinne der Marktwirtschaftslehre, denn die einen können, die anderen müssen arbeiten. Von einem freien Spiel der Kräfte und von der Möglichkeit der Wahl kann keine Rede sein ... wenn die Bürger arbeiten müssen, um leben zu können, haben sie keine Wahl, sondern stecken in einem fatalen Zwangssystem, das sich zudem noch einen falschen Mantel umhängt. ... Das Erstaunlichste ... ist jedoch, dass niemand von der Pflicht oder gar dem realen Zwang zur Arbeit spricht, sondern ganz feierlich vom ‚Recht auf Arbeit‘ die Rede ist.“* Das sagte nicht etwa Karl Marx, sondern der Unternehmer **Götz Werner** in seinem Bestseller **Einkommen für alle**.<sup>1</sup> Die schiere Existenz dieses Arbeitsmarktes verrät mithin eine allgemeine Systemsklaverei, die allerdings nicht konsequent durchhaltbar ist. **Im Gegensatz zu den Waren kann die Ware Arbeitskraft nicht auf Halde deponiert werden**, die dazugehörigen Menschen müssen am Leben erhalten werden, sie müssen weiterleben und konsumieren können. Der unverkäufliche und unverwertbare Humanmüll müsste dann schon von Staats wegen geräumt werden oder sich einer freiwilligen Euthanasie unterwerfen.<sup>2</sup> Doch jetzt gibt es den Versuch einer **neoliberalen Quadratur des Kreises**: die Gesellschaft verbleibt weiterhin gnadenlos unter der Fuchtel des kapitalistischen Wirtschaftssystems, der bisherige Sozialstaat mit seinen Absicherungen wird vollkommen liquidiert und durch ein neu definiertes Existenzminimum ersetzt: „garantiertes Grundeinkommen“ genannt. So wie im Kapitalismus der Spuk zyklischer Krisenerscheinungen mit hoher Arbeitslosigkeit immer wieder periodisch auftritt, so flackert ebenso periodisch und spukhaft die Diskussion um ein „Grundeinkommen“ auf.

Die Idee, allen Menschen eines Landes eine Art Lebensunterhalt zu zahlen, kommt bereits in **Thomas Morus'** Roman **Utopia** (1516) vor, wo er vorschlägt, allen Menschen des Landes eine Art Lebensunterhalt zu zahlen, um Diebstahl vorzubeugen. Der Humanist und Sozialreformer **Johannes Ludwig Vives** entwickelte die Gedanken seines Freundes Thomas Morus in der Schrift

---

<sup>1</sup> Götz W. Werner, *Einkommen für alle*, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2007.

<sup>2</sup> Schon 1996 konnte man in der Wochenzeitung *Die Zeit* lesen: *„In den Niederlanden werden 2700 Schwerkranke im Jahr auf eigenen Wunsch getötet. In Großbritannien kalkuliert ein Computer, ob es sich lohnt, Moribunde künstlich am Leben zu halten. In Deutschland debattieren Ärzte, Juristen und Ethiker, ob man Komapatienten die Nahrung entziehen kann.“* *Die Zeit* 39/1996.

**De Subventionem Pauperum** (*Über die Unterstützung der Armen*, 1526) zur Arbeitspflicht und zu einem garantierten Minimaleinkommen weiter. In seinem Appell an den Bürgermeister und die Schöffen der Stadt Brügge kritisiert er die Reichen, die „*lieber ihren Hund füttern, als den Armen auf der Straße zu essen zu geben.*“ In England beruhte die Organisation der Arbeit noch auf dem Alten Armenrecht, das 1597/1601 von Königin Elisabeth I. eingeführt wurde.<sup>3</sup> Durch das **Marktversagen** waren eine Reihe von staatliche Maßnahmen nötig geworden, um die Armen zu unterstützen. Zuständig waren die circa 15.000 selbständigen Kommunen. In besonders harten Teuerungsjahren, wie etwa 1795, 1799 bis 1801 und 1809- 1812, erhielten in einzelnen Kommunen bis zu 40 Prozent der Bevölkerung Unterstützungsgelder.<sup>4</sup> In dieser Zeit des großes Elends kommen am 6. Mai 1795 die Friedensrichter<sup>5</sup> von Berkshire in Speenhamland zusammen, um ein „**Zuschussystem**“ zu entwerfen, das aus einer in Geld zu leistende sowie aus einer der (Brot-)Preisentwicklung flexibel angepassten Hilfe bestand, das zusätzlich zu den Löhnen bezahlt werden sollte.<sup>6</sup> Bekannt wurde dieses **Speenhamland-System** durch das Buch von **Sir Frederick Morton Eden**: *The State of the Poor*<sup>7</sup>. Als Bemessungsgrundlage dient ein vorab festgelegtes Mindesteinkommen, das die Haushaltsgröße berücksichtigt und zudem an den Brotpreis gekoppelt ist. Fällt das Familieneinkommen geringer aus als das minimale Einkommensniveau, so wird die Differenz als Beihilfe (allowance) von der Gemeinde ausbezahlt. **Karl Marx** stellt über dieses Mindestsalär fest, dass die englischen Pächter und Landlords am Ende des 18. und während der ersten Dezennien des 19. Jahrhunderts den Ackerbautagelöhnern weniger als das Minimum in der Form des Arbeitslohns auszahlten, der Rest wurde als Pfarreiunterstützung aufgestockt. Marx brandmarkt dies süffisant: „*Als die Squires die Arbeitslöhne für Speenhamland 1795 festsetzten, hatten sie zu Mittag gespeist, dachten aber offenbar, dass die Arbeiter nicht desgleichen nötig hätten...*“<sup>8</sup> Während die Lebensmittelpreise ansteigen, sinken Arbeitsproduktivität und Löhne mit

<sup>3</sup> vgl. Karl Polanyi, *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt am Main 1978,

<sup>4</sup> vgl. Thomas Sokoll, *Soziale Ordnung durch Ungleichheit. Eine Einführung in die Geschichte Alteuropas, KE 2, Zwischen Notdurft und Elend: Armenbriefe als Zeugnisse zur sozialen Lage und Lebenshaltung der labouring poor in England, 1780-1840*, Hagen 2008.

<sup>5</sup> „Die berühmte Empfehlung der Friedensrichter lautet folgendermaßen: Wenn ein Vierkilolaib Brot von bestimmter Qualität, 1 Shilling kostet, dann soll jeder arme und arbeitsame Mann zu seiner Unterstützung 3 Shilling wöchentlich bekommen, die er sich entweder durch eigene Arbeit oder die seiner Familie erwirbt, oder einen Zuschuss aus dem Armenfonds, und für den Unterhalt seines Weibes und jedes weiteren Familienmitglieds 1 Shilling und 6 Pence; wenn der Brotlaib 1 Shilling und 6 Pence kostet, dann 4 Shilling wöchentlich, plus 1 Shilling und 10 Pence; für jeden Pence, den der Brotpreis über 1 Shilling steigt, soll er drei Pence für sich und 1 Pence für die anderen erhalten.“ Vgl. Karl Polanyi, *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt am Main, 1978.

<sup>6</sup> Es wurde festgelegt, dass die Armenunterstützung an die Entwicklung des Brotpreises angepasst und zudem von der Anzahl der zu unterstützenden Personen im Haushalt abhängig sein sollte. Ein „arbeitsamer Mann“ sollte wöchentlich den Gegenwert des Preises für drei Laib Brot (a 8 lb. 11 oz., also je etwa 4 kg) und zusätzlich den Gegenwert des Preises für einen weiteren Laib Brot für jeden weiteren Familienangehörigen erhalten.[3] Ein verheirateter Mann mit zwei Kindern sollte also (bei einem Preis für einen Laib Brot von 1 Shilling 3 Pence) für sich selbst 3 Shilling 9 Pence erhalten, sowie für Frau und Kinder je zusätzlich 1 Shilling 9 Pence, insgesamt also 9 Shilling erhalten.

<sup>7</sup> Sir Frederick Morton Eden, *The State of the Poor: or a history of the labouring classes in England, from the Conquest to the present period; in which are particularly considered, their domestic economy, with respect to diet, dress, fuel, and habitation; and the various plans which, from time to time, have been proposed and adopted for the relief of the poor: together with parochial reports relative to the administration of work-houses, and houses of industry; the state of the Friendly Societies, and other public institutions; in several agricultural, commercial and manufacturing, districts. With a large appendix; containing a comparative and chronological table of the prices of labour, of provisions, and of other commodities; an account of the poor in Scotland; and many original documents on subjects of national importance. 1797.* Neuauflage: Cambridge University Press, 2012.

<sup>8</sup> Karl Marx, *Das Kapital*, Band 1, 1867, Dietz-Verlag, Berlin (Ost), 1970.

als Folge eine immense Pauperisierung der Bevölkerung: Es entsteht eine katastrophale Massenarmut. Marx und Engels sahen den Grund der Verarmung in der umfassenden Benutzung der Speenhamland-Systems, wodurch eine einseitige Lohnreduktionen durch die Arbeitgeber ermöglicht wurde. Nach Karl Marx setzte die aufkommende Bourgeoisie die Staatsgewalt bei der Plusmacherei ein, um den Arbeitslohn zu „regulieren“. Für den Kapitalismus sei charakteristisch, dass sich die menschliche Arbeit dem Kapital unterordne. Im Rahmen, der bis dahin größten amtlichen Umfrage gelangt eine königliche Kommission über das Speenhamland-System zu dem Fazit, das Grundeinkommen habe nicht nur zur Bevölkerungsexplosion, zu Lohnsenkungen und zu einer Zunahme unmoralischen Verhaltens geführt, sondern auch zu einer „*gänzlichen Verkommenheit der englischen Arbeiterklasse*“. Erst mit der Abschaffung des Grundeinkommens käme alles wieder ins Lot. Damit kommt das Speenhamland-System als eines der wenigen eingeführten Einkommensgarantien zu seinem Ende - kein bedingungsloses Grundeinkommen – wie heute allenthalben diskutiert – sondern eher eine Art Kombilohn oder garantiertes Mindesteinkommen. Für Karl Marx war diese Armenhilfe nicht mehr als „*eine Taktik der Arbeitgeber, die versuchten, die Löhne so niedrig wie möglich zu halten, indem sie die Lasten auf die öffentliche Hand abwälzten.*“<sup>9</sup> In Frankreich, zur Zeit der Französischen Revolution, veröffentlicht der Philosoph **Thomas Paine** 1797 das Pamphlet "**Landwirtschaftliche Gerechtigkeit**" statt "**Agrarrecht**"<sup>10</sup>, wo er dafür plädiert, dass die Grundherren in der Form einer ausgleichenden Gerechtigkeit eine „Zahlung“ an diejenigen zu leisten hätten, die keinen Grund besitzen und dafür, dass sie dem System des Grundeigentums zustimmen. Denn, so Paine, „*das Land, im natürlichen, nicht bewirtschafteten Zustand*“ war schließlich ursprünglich „*Allgemeingut der Menschheit*“. Damit knüpft er bei der Vorstellung des Aufklärers **Montesquieu** an, der ebenfalls schrieb: „*Der Staat schuldet allen seinen Einwohnern einen sicheren Lebensunterhalt, Nahrung, geeignete Kleidung und einen Lebensstil, der ihre Gesundheit nicht beeinträchtigt.*“<sup>11</sup> Später schlägt der Frühsozialist **Charles Fourier** in seiner Schrift *La Fausse Industrie* (1836) in dieselbe Kerbe als er begründet, dass das Verbot fundamentaler Naturrechte – wie das Jagen, Fischen, Früchte sammeln oder das Vieh auf dem Gemeinschaftsbesitz zu weiden – darauf hindeutet, dass die „Zivilisation“ jedem, der keine Möglichkeit hat, seine Bedürfnisse zu decken, einen Lebensunterhalt schuldet. Im Jahr als Karl Marx und Friedrich Engels ihr **Kommunistisches Manifest** in Brüssel schreiben, veröffentlicht – weniger beachtet – der Belgier **Joseph Charlier** seine **Lösung des Sozialproblems** (*Solution du problème social ou constitution humanitaire*),<sup>12</sup> die als erster Lösungsansatz gesehen werden kann, der ein **garantiertes Grundeinkommen** beinhaltet. In der Zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gibt es erneut einen Diskurs zu einem, nicht an Bedingungen des Arbeitsmarktes gekoppeltes Einkommen für die Menschen. Für die Einführung eines solchen arbeitsunabhängigen Grundeinkommens als Erweiterung bestehender Sozialversicherungssysteme tritt 1955 zum Beispiel der Sozialwissenschaftler **Erich Fromm** ein. In seinem Buch **The sane Society** (dt. **Wege aus einer**

<sup>9</sup> Rutger Bregman, *Gratis geld voor iedereen, Over het basisinkomen, de 15-urige werkweek en een wereld zonder grenzen*, De Correspondent, 2017. Zu deutsch: *Utopien für Realisten, Die Zeit ist reif für die 15-Stunden-Woche, offene Grenzen und das bedingungslose Grundeinkommen*, Rowohlt-Verlag, Reinbek bei Hamburg, 2019.

<sup>10</sup> Thomas Paine: *Common sense [with] Agrarian justice*. Penguin Books, London 2004.

<sup>11</sup> Charles de Secondat, Baron de Montesquieu, *L'Esprit des Lois* [Der Geist der Gesetze], Genf, 1748. Die Erstveröffentlichung erfolgte anonym, weil Montesquieus Werke der Zensur unterlagen, und tatsächlich wurde das Buch 1751 auf den Index gesetzt.

<sup>12</sup> Joseph Charlier, *Solution du problème social ou constitution humanitaire*, Brüssel, 1848.

**kranken Gesellschaft**) begründet er dies mit dem Recht, aus persönlichen Gründen eine Arbeit auszuschlagen, ohne Hunger oder soziale Ächtung erleiden zu müssen. Jeder Bürger habe den Anspruch auf ein Existenzminimum im Sinne dieses Grundeinkommens. Ein weiterer prominenter Befürworter wenig später ist **Martin Luther King**.<sup>13</sup> Er schrieb: „*Ich bin heute davon überzeugt, dass der einfachste Ansatz sich als der effektivste erweisen wird - die Behebung der Armut durch ihre direkte Beseitigung mittels einer heute breit diskutierten Maßnahme: Dem bedingungslosen Grundeinkommen.*“ Dabei seien zwei Bedingungen unverzichtbar: „*Erstens muss es an den Median des Einkommens in der Gesellschaft gekoppelt sein anstatt an das geringste Einkommen. Ein Einkommen an der Untergrenze zu garantieren würde einfach das Sozialhilfeniveau aufrechterhalten und die vorhandene Armut in der Gesellschaft festschreiben. Zweitens muss das BGE dynamisch sein, es muss automatisch zunehmen, wenn das gesamtgesellschaftliche Einkommen steigt. Würden wir ihm erlauben, unter Wachstumsbedingungen statisch zu bleiben, so würden die Empfänger eine relative Abnahme erleiden.*“ Die bisherigen staatlichen Programme der Armutsbekämpfung seien bislang ineffektiv gewesen, nicht zuletzt weil sie „*nie in koordinierter Form oder auf hohem Entwicklungsniveau*“ zur Ausführung gekommen seien. Es sei ein „*weiter Weg bis zu unserem heutigen Verständnis der menschlichen Motivation und der blinden Abläufe unseres Wirtschaftssystems*“ gewesen, und man wisse auch, „*dass, ganz egal wie dynamisch die Wirtschaft wächst und sich entwickelt, sie keineswegs alle Armut*“ beseitige. Jetzt gäbe es keine Rechtfertigung „**für den Fluch der Armut**“ mehr, denn „**Sie ist gesellschaftlich so grausam und blind wie die Praxis des Kannibalismus zu Beginn der Zivilisation, als Menschen einander aßen, da sie noch nicht gelernt hatten, Nahrung aus der Erde oder aus dem reichhaltigen Tierleben um sie herum zu gewinnen. Für uns ist es an der Zeit, uns selbst zu zivilisieren durch die vollständige, direkte und unverzügliche Abschaffung von Armut.**“<sup>14</sup>

In Europa werden Ende der 70er Jahre Grundeinkommensdebatten geführt: in Dänemark schlugen Intellektuelle ein Grundeinkommen unter der Bezeichnung **Bürgerlohn**, eine demokratische und ökologische Gesellschaft und Wirtschaft sowie eine gleichere Einkommensverteilung in dem Bestseller mit dem Namen **Revolt from the center** vor.<sup>15</sup> In den Niederlanden wird 1985 sogar vom „**Wissenschaftlichen Beirat für Regierungspolitik**“ (WRR) nach kontroversen Diskussionen eine abgeschlackte Version eines sogenannten **Basiseinkommens** zur Einführung empfohlen und unter dem Einfluss der Bücher von **André Gorz** kommt es in Frankreich, Belgien und Deutschland zu ähnliche Forderungen nach einem ‚**bedingungslosen Grundeinkommen**‘ (BGE). Der französische Sozialphilosoph meinte, dass seit Jahrhunderten immer mehr Arbeiten durch Maschinen übernommen werden. Der dadurch bewirkte Anstieg der Produktivität führe dazu, dass selbst bei zunehmender Produktion weniger menschliche Arbeitskraft benötigt wird. Die Vorstellung von Vollbeschäftigung werde damit zur Illusion. Deshalb befürwortete Gorz ein Grundeinkommen, welches ermöglicht, zu leben, ohne zu arbeiten. Jeder Mensch erhalte

---

<sup>13</sup> Martin Luther King, *Where Do We Go From Here: Chaos or Community?* erschienen in bei Harper & Row, New York, 1967 (zu deutsch: *Wohin führt unser Weg: Chaos oder Gemeinschaft* Fischer, Frankfurt am Main 1969).

<sup>14</sup> Martin Luther King, *Where Do We Go From Here: Chaos or Community?* erschienen in bei Harper & Row, New York, 1967 (zu deutsch: *Wohin führt unser Weg: Chaos oder Gemeinschaft* Fischer, Frankfurt am Main 1969).

<sup>15</sup> Zu deutsch: *Aufbruch der Mitte: Modell einer künftigen Gesellschaftsordnung*, Hamburg 1979.

eine monetäre Grundlage, sich selbst zu verwirklichen. Ähnliches gilt für linke Ökonomen wie **James Tobin** und **John Kenneth Galbraith**, doch auch ihr ideologisches Pendant, der Neoliberale **Milton Friedman**, Begründer der neoliberalen **Chicago School**, war ebenfalls ein heißer Unterstützer. Sein Modell, das auch als „Armutslückenkonzept“ (poverty-gap-type) bezeichnet wird, legt er erstmals 1962 in seinem Buch **Capitalism and Freedom**<sup>16</sup> vor. Später erklärt er, dass sein Modell von Anfang an für den Ersatz des bestehenden Sozialsystems gesehen werden muss, zusätzliche Transferleistungen darüber hinaus seien unverantwortlich. Die Maßnahme, die sich aus rein technischen Gründen anböte, sei eine negative Einkommensteuer. Monetäre Finanzierung von Staatsdefiziten nennt Friedman „**Helikoptergeld**“. Statt ausreichender sozialer Sicherheit „sozialstaatlichen Minimalismus“! Gäbe es dann noch nicht befriedigte Bedürfnisse, dann habe hier Kirche und Caritas eine Rolle zu erfüllen. In den Niederlanden wird Friedman bald darauf von neoliberalen Ministern und späteren Industriekapitänen wie **Gerrit Zalm** und **Hans Wijers** sekundiert. Auch sie treten für ein staatliches bedingungsloses Grundeinkommen ein, obwohl die neoliberale Ideologie die Dominanz des Marktes gegenüber dem Staat, die Priorität des Profitkalküls sowie die Verhinderung ökologischen und sozialen Handelns zugunsten einer „**Religion des Egoismus**“ erfordere. Wie ist dies zu reimen? Von Anfang spaltet die Idee des Grundeinkommens auch die Geister. In Deutschland hält Bundeskanzlerin **Angela Merkel** das BGE „für keine gute Idee“, es widerspreche dem Prinzip, dass „*der solidarische Sozialstaat dann hilft, wenn Not besteht.*“ Auch ihr Koalitionspartner, die Sozialdemokratische Partei lehnt das BGE ab. **SPD-Generalsekretär Hubertus Heil** kritisierte die Pläne für ein Grundeinkommen als „**Stilllegungsprämie**“ mit der Menschen „*als nutzlos abgestempelt*“ und „*mit Geld abgefunden*“ würden. Die Liberalen der **FDP** diskutieren ein an Bedingungen geknüpftes „**liberales Bürgergeld**“. Beitragsfinanzierten Sozialleistungen (Renten-, Kranken-, Pflegeversicherung) neben diesem Bürgergeld hält die FDP – ganz in Nachfolge von Friedman – für nicht finanzierbar. **Die Linke** votiert für eine sanktionsfreie Grundsicherung. **Bündnis 90/Die Grünen** bekennen sich in ihrem Grundsatzprogramm zu einem bedingungslosen Grundeinkommen, kurz BGE. Die Idee des Grundeinkommens ist, dass jede und jeder in Deutschland von der Geburt bis zum Tod regelmäßig Geld vom Staat erhält – so viel, wie zum Leben nötig ist. Ohne, dass die Menschen dafür etwas tun müssen. Auch unabhängig davon, wie viel Geld jemand auf dem Konto oder einen Job hat. Bedingungslos eben. Die größte deutsche **Gewerkschaft IG Metall** und die zweitgrößte deutsche Gewerkschaft **ver.di** lehnen das BGE ab. „*Menschen mit einer Stillhalteprämie aufs Abstellgleis zu stellen, weil ihnen keine Perspektive in der Erwerbsarbeit angeboten werden kann, ist keine Lösung*“, sagte **DGB-Chef Reiner Hoffmann**. Dahingegen haben die Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens eine Reihe von starken Argumenten: Menschen erhielten einen bedingungslosen Festbetrag monatlich auf Ihrem Konto, würden nicht mehr durch eine sozialadministrative Bedürftigkeitsprüfung staatlich gedemütigt und kujoniert, Armut würde verschwinden und keine Gegen-Leistung eingefordert. Mit anderen Worten: Gratis Geld für alle! Oder Einkommen für alle!, so der Titel des Bestseller-Autors und Befürworters des BGE, **Götz W. Werner**. Der erfolgreiche Unternehmer, Gründer der Drogerie-Kette dm, beruft sich auf **Artikel 1 des Grundgesetzes**: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“. Aber nirgendwo stünde im Grundgesetz, „*dass der Mensch dafür arbeiten muss*“. Schließlich: „*Wenn das Recht, in Würde und*

---

<sup>16</sup> Milton Friedman, Kapitalismus und Freiheit. Piper Verlag, München 2006.

in Freiheit zu leben, bedingungslos ist, dann muss auch das Recht auf Essen, Trinken, Kleidung, Wohnung und auf grundlegende gesellschaftliche Teilhabe bedingungslos sein.“<sup>17</sup> Doch er sieht auch die Kluft zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit, wenn er schreibt: viele meinen, „wenn der sorgende Staat ‚den Schwachen‘ schon ein Existenzminimum garantiert, dann muss er dieses Zugeständnis an härteste Bedingungen knüpfen (...) und man soll sie unter allen Umständen dazu zwingen, so bald wie möglich wieder zu arbeiten, (...) sie sollen jede ihnen ‚angebotene‘ Arbeit annehmen. In letzter Konsequenz wäre das Zwangsarbeit. Die ist übrigens verboten – in Artikel 12 unseres Grundgesetzes.“ Zur viel beschworenen Freiheit gehöre, nicht nur „das Recht, eine bestimmte Arbeit abzulehnen“, es umfasse sogar das Recht, „Erwerbsarbeit überhaupt abzulehnen.“ Doch „die Freiheit, nein zu sagen, hat aber nur der, dessen Existenzminimum gesichert“ sei. Mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, gäbe es „kein Gängelband mehr, kein Geschnüffel, ob Ansprüche auch wirklich berechtigt sind, keine inquisitorischen Befragungen, keine sinnlosen Meldetermine mehr. Der Staat in Gestalt seiner unzähligen Ämter würde sich zurückziehen aus dem Leben der Bürger,“ dann könne, so die Verheißung, „im Prinzip jeder mit dem Grundeinkommen ausgestattete Bürger **ein Unternehmer in eigener Sache werden.** (...) Wie nahe der Einzelne seinem persönlichen beruflichen Ziel kommt, liegt dann **in der eigenen Verantwortung.**“ Der neoliberale Kreuzzug für die Verwandlung der Arbeitsmärkte in individuelle Angebotsmärkte. ‚Nachtigall, ick hör dir trapsen‘ würde der Berliner jetzt sagen. Ist das die Abschiedsserenade von der Gesellschaft als Solidargemeinschaft, wo die Solidarität sich auf gemeinsame Interessen, soziale Lagen und Verhältnisse im Kontext der kapitalistischen Realökonomie bezog, hin zur Ansammlung atomisierter, egoistischer Individuen, die als „**Unternehmer ihrer Arbeitskraft**“ bei allen ‚Unternehmer‘-Risiken des Lebens auf sich selbst zurückgeworfen werden? Und zur Not gibt es ja noch – wie bei Milton Friedman – den Verweis auf die Caritas, die als Almosen von den Reichen mit einem Teil, der von ihnen in Steuerparadiese weg geschleusten Gelder finanziert wird. Doch es geht noch einen Schritt weiter: „...die Lohn- und Einkommenssteuern sollen zugunsten der Konsumsteuer abgeschafft, alle übrigen Sozialleistungen im Prinzip durch das Grundeinkommen ersetzt werden.“<sup>18</sup> Zusammenfassend: „Mit dem Grundeinkommen lassen wir die Menschen in Ruhe arbeiten, nämlich frei von Existenzangst. Mit der Konsumbesteuerung lassen wir das Kapital in Ruhe arbeiten, nämlich frei von Zugriffen, bevor die Wertschöpfung in konsumfähigen Leistungen für die Gesellschaft zu Ende gekommen ist.“<sup>19</sup> Nun ist man sich innerhalb der bürgerlichen Elite nicht ganz einig und machen divergierende Meinungen die Runde: Ein **Bürgergeld** könne dazu führen, dass Menschen „sich endgültig aus der Arbeitsgesellschaft zurückziehen“, heißt es. „Ein Teil der Menschen“ würde die Arbeit aufgeben und „antriebslos in der sozialen Hängematte liegenbleiben“, befürchtet **Patrick Bernau** in der **FAZ**. Die Menschen würden sich auf die faule Haut legen, das ist seit Hunderten von Jahren das konservative Schreckgespenst schlechthin.<sup>20</sup> "Wer macht sonst die schmutzige Arbeit?" Die Antwort des **SPIEGEL** „Alles, was mit Dreck, Müll, harter körperlicher Arbeit, gesundheitlichen Risiken und so weiter zu tun

<sup>17</sup> Götz W. Werner, Einkommen für alle, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2007.

<sup>18</sup> Götz W. Werner, Einkommen für alle, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2007.

<sup>19</sup> ebenda

<sup>20</sup> So schrieb schon der britische Pastor Clayton 1755, "Die Notwendigkeit, früh aufzustehen, zwingt die Armen, rechtzeitig ins Bett zu gehen und verhindert die Gefahr nächtlicher Exzesse." Ein anderer Puritaner ergänzte dies mit einem medizinisches Argument. Wenn "man so lange zwischen den warmen Laken liegen bleibt, dann wird das Fleisch sozusagen blanchiert und wird weich und schlaff".

hat, müsste dann eben besser bezahlt werden, und/oder unter generell besseren Bedingungen stattfinden und/oder wir müssen endlich bessere Roboter entwickeln. Wäre das nicht, gelinde gesagt, sehr wünschenswert?"<sup>21</sup> Doch das Argument, dass Leute, die ein Grundeinkommen erhalten, aufhören würden zu arbeiten, greift nicht. Sie nehmen nur nicht mehr jeden noch so schrecklichen oder unpassenden Job an, um zu überleben, sondern haben stattdessen die Chance, sich in dem, was sie wirklich können, zu engagieren und weiterzubilden. „Wenn die Menschen ein Grundeinkommen hätten, würden sie eher "Nein!" zu einem Arbeitgeber sagen, der einen Hungerlohn anbietet“, sagt der britische Professor **Guy Standing**, ein prominenter Befürworter des Grundeinkommens. Optimistisch: "Ein Grundeinkommen würde es Arbeitgebern und Arbeitnehmern ermöglichen, als Erwachsene zu verhandeln." Doch auch mit dem Grundeinkommen wird sich der Arbeitsmarkt nicht verändern. Wenn die Bürger arbeiten müssen, um etwas besser als mit dem Grundeinkommen möglich leben zu können, dann haben sie auch in Zukunft keine andere Wahl, sondern stecken weiterhin in einem fatalen Zwangssystem, denn es herrscht weiterhin in der Gesellschaft definitiv der Zwang zu arbeiten; andernfalls rutscht der betroffene Bürger umgehend ab: keine Arbeit, also kein Einkommen über das Gnadensbrot hinaus. Noch immer unterliegt er mithin dem „**stummen Zwang der Ausbeutungs-Verhältnisse**“. Und zwar mindesten einer doppelte Ausbeutung, wie schon Karl Marx in Band 3 des Kapital bemerkte: "Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendet, (...) fallen die andern Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw." Hatte die Arbeiterbewegung lange Zeit noch die Hoffnung und den Glauben durch Klassenkampf die Verhältnisse irgendwann zu verbessern, heutzutage wird – auch bei vielen Gewerkschaften – Klassenbewusstsein und solidarische Aktion ersetzt durch das Credo des Individualismus: alles liege nur mehr in der **Eigenverantwortung** des Betroffenen. Individuelles Selbstbewusstsein, aber ohne Klassenbewusstsein? Vergessen ist, dass im Laufe der Geschichte soziale Verbesserungen – von den Bismarck'schen Sozialversicherungen bis zur Etablierung des Sozialstaates – immer nur das Resultat von, zuweilen blutigen Phasen, des Kampfes zwischen Arbeit und Kapital waren. Jetzt soll also das Grundeinkommen diese Errungenschaften endgültig abschaffen und durch eine feste Summe ersetzen? Die Abschaffung aller Sozialtransfers steht zur Debatte, denn die Kosten des Grundeinkommens wären enorm. Hat der Kölner Politikwissenschaftler und Armutsforscher **Christoph Butterwegge** Recht, wenn er bemerkt, „Ein ‚schlanker Staat‘ ist das Wunschbild der Neoliberalen, die in der sozialen Gerechtigkeit nur eine Fata Morgana sehen? (...) Würde ein Grundeinkommen verwirklicht,“ so sagt er, „hätten die Neoliberalen ihr Hauptziel erreicht: den Sozialstaat zerschlagen und freie Bahn für den Markt geschaffen.“<sup>22</sup> Und dann ist da noch die Frage der Höhe des anvisierten Grundeinkommens<sup>23</sup>, die ebenfalls die Geister spaltet. Die Summe von rund 1000 Euro, die häufig genannt wird, wenn es um eine sinnvolle Höhe für ein Grundeinkommen geht, wäre für manche ungefähr die Summe, die sie pro Monat für kleine spontane Onlineshoppingausflüge ausgeben, für andere wäre es eine unfassbar wertvolle Absicherung, die mit einem Schlag extrem viel ändern würde. Doch das Totschlagargument

---

<sup>21</sup> Margarete Stokowski, Bedingungsloses Grundeinkommen Was soll der Geiz? In DER SPIEGEL. 21.04.2020.

<sup>22</sup> Siehe: Christoph Butterwegge, Weder gerecht noch sozial Das bedingungslose Grundeinkommen schafft mehr Probleme, als es löst, in: Christoph Butterwegge /Kuno Rinke, Grundeinkommen kontrovers. Plädoyers für und gegen ein neues Sozialmodell, Beltz-Verlag, 2018.

<sup>23</sup> Nur gerade so viel Lebensmittel, dass sie nicht verhungern, nur überhaupt ein Dach über dem Kopf in Form einer Armenkaserne des sozialen Wohnungsbaus – mit anderen Worten das moralisch-kulturelle Minimum?

„**Wer soll das Bezahlen, wer hat soviel pinke, pinke, wer hat soviel Geld?**“ zwingt viele Befürworter des Volkseinkommens, ihre Pläne so anzupassen, dass sie keine bahnbrechende, progressive Forderung mehr darstellt. Bei einem derart durch Kompromisse abgespeckten Grundeinkommen laufen die ursprünglichen Ziele Gefahr, außer Sichtweite zu geraten. Es wird die Bürokratie nicht verringern. Denn bei einem Grundeinkommen von etwa 500 Euro braucht es noch Zusatzleistungen, für Behinderte bis hin zu strukturellen Arbeitslosen. Dies wiederum bedeutet zusätzliche Anforderungen, Kriterien und Beamte, um deren Einhaltung zu überwachen. Der Charme des ursprünglichen Grundeinkommens war ja, dass es all dies überflüssig machte. Kann der Wohlfahrtsstaat sowohl ein hohes Grundeinkommen wie gute öffentliche Dienstleistungen – von Gesundheit bis Bildung – die für alle zugänglich sind, finanzieren? Keinem nützt eine Sozialpolitik nach dem Gießkannenprinzip: Reiche brauchen das Grundeinkommen nicht, weil sie Geld im Überfluss haben, und Armen reicht es nicht, um würdevoll leben zu können. Bekämen alle Bürger vom Staat beispielsweise 1.000 Euro pro Monat, nähme zwar die absolute, nicht jedoch die hierzulande vorherrschende relative Armut deutlich ab. Vielmehr würde die von der EU bei 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens angesetzte Armut(schwelle) bloß so weit nach oben verschoben, dass man ihr mit diesem Betrag allein nahe bliebe. Um dies zu ändern, müsste man trotz Grundeinkommensbezugs erwerbstätig sein, wodurch ein indirekter Arbeitszwang fortbestünde. Die absehbare Folge: Für die Arbeitgeber, die vom Mindestlohn befreit sind, würde dieses wunderbare Grundeinkommen dann zu einem **Subventionsbeitrag für Lohndumping**. Und was passiert, wenn es dann zu einer Rezession kommt? Wenn die Regierung kürzen muss, einschließlich der enormen Kosten des Grundeinkommens? Mehr Lohn in einer solchen Situation zu verlangen, nützt dann auch wenig. Dann ist da noch die Frage, was mit der Sozialen Sicherheit und den Arbeitnehmersicherungen passiert. In bestimmten Varianten des Grundeinkommens wird die Versicherung gegen Arbeitsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit und Krankheit abgeschafft. Infolgedessen erhalten diese Menschen eine viel geringere Leistung, wenn sie arbeitslos oder krank werden. Das bedingungslose Grundeinkommen sieht von den konkreten Arbeits-, Lebens-, Einkommens- und Vermögensverhältnissen seiner Bezieher ab. Es wird sämtlichen Bürgern in gleicher Höhe gezahlt – ganz egal, ob sie Spitzensportler oder schwerstbehindert, ob sie Villenbesitzer oder obdachlos, ob sie Multimilliardär, Müllwerker oder Multijobberin sind. Das bedingungslose Grundeinkommen hält nicht das, was sich viele Menschen von ihm versprechen. Reiche brauchen es nicht, weil sie Geld im Überfluss haben, Armen reicht es nicht, um würdevoll leben zu können. Zur Überwindung kapitalistischer Ungleichheiten beziehungsweise der kapitalistischen Mechanismen sozialer Ungleichheitsproduktion taugt das Grundeinkommen allein also nicht aus; das Grundeinkommen verlässt nicht per se – bzw. allenfalls eben ideell, nicht aber faktisch – den Bezugs- und Beziehungsrahmen des kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus. In diesem Sinne lässt sich an diesem Punkt gleichsam ex negativo feststellen: Das Bedingungslose Grundeinkommen ist nichts für Systemüberwinder. Schon in seiner 1875 verfassten „**Kritik des Gothaer Programms**“ wies Karl Marx die deutschen Sozialdemokraten darauf hin, dass man sich erst, nachdem „**die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit**“ verschwunden sei, das folgende Prinzip auf die Fahne schreiben könne: „**Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!**“<sup>24</sup>

---

<sup>24</sup> Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, 1875. MEW Band 19